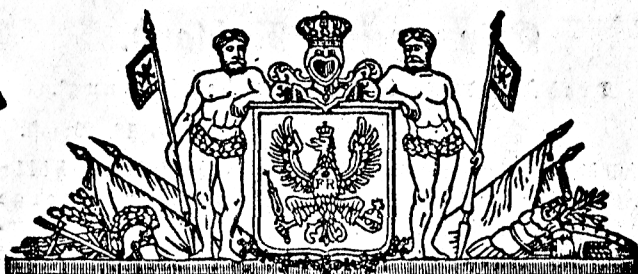


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11857. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660

Das oberschlesische Problem.

Wirth, Briand und Lloyd George.

Ein Teil der deutschnationalen Presse greift den Reichskanzler Dr. Wirth wegen der Äußerungen an, die er im gestrigen Abendblatt der „Wossischen Zeitung“ veröffentlicht hat. Sie macht ihm den Vorwurf, daß er einen abstrakten Rechtsstandpunkt vertrete, der noch dazu in eine blutlose Phraseologie getaucht sei und nichts hindurchzittern lasse von nationaler Leidenschaft und von der fürchtbaren Anklage, die die jahrelange Vergewaltigung Oberschlesiens durch Polen und Franzosen bedeute. Kurz, dem Reichskanzler wird vorgeworfen, daß er das gute Recht Deutschlands in einer schlichten Sprache betont habe, statt nach dem Beispiel der deutschnationalen Redner leidenschaftliche Worte zu wählen. Die Kritiker vergessen nur, daß der Reichskanzler nicht die Absicht haben konnte, innerpolitische Wirkungen zu erzielen, die das deutsche Volk unter Umständen sehr teuer bezahlen müßte, daß er vielmehr durch die „Wossische Zeitung“ eine Wirkung nach außen anstrebte, auf die Kreise und Persönlichkeiten, deren Urteil nun einmal ausschlaggebend ist für das Schicksal des deutschen Landes östlich der Oder! Je hochtönender die Phrasen sind, mit denen die deutschnationalen Kreise eine Macht- und Prestigepolitik fordern, während sie gleichzeitig sich nicht genug tun könnten in der Schilderung der Zerrüttung und Ohnmacht der deutschen Republik, desto sorgfältiger muß sich der verantwortliche Träger der deutschen Politik vor der Versuchung hüten, unbedeutsamer innerpolitischer Kritik durch ein Auftrumpfen nach außen zu entgehen. Diese Selbstbescheidung erfordert ohne Zweifel Stärke und Opferfreudigkeit.

Inzwischen haben Lloyd George und Briand noch einmal ihren entgegengesetzten Standpunkt begründet, der eine im Parlament, der französische Ministerpräsident vor den Vertretern der Presse, da die Kammer ebenso wie der Reichstag vertagt ist. Lloyd George hatte die Genugtuung, daß auch die Opposition seine Haltung reflexlos billigte. Diese Uebereinstimmung beweist, daß die englische Politik in der oberschlesischen Frage durch starke eigene Interessen, über die alle Parteien einig sind, bestimmt und festgelegt ist.

Mit dieser Tatsache muß auch die französische Regierung rechnen. Zweifelloso bedeutete es für Briand einen Erfolg, daß er die von England geführte Majorität des Obersten Rates durch sein Veto dahin brachte, die Entscheidung zu vertagen. Aus den Pariser Meldungen geht hervor, daß sich jetzt dort zwei Strömungen gegenüberstehen. Die eine ist aus realpolitischen Gründen und in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß ein durch den Verlust Oberschlesiens ruiniertes Deutschland außerstande wäre, den materiellen Forderungen Frankreichs zu entsprechen, entschlossen und bereit, sich dem Majoritätsvotum, das durch die Autorität des Völkerbundes gestützt wird, ohne weiteren Widerspruch zu fügen. Die andere Richtung, die offenbar auch im französischen Auswärtigen Amt Vertreter hat, scheint dagegen entschlossen, jede Lösung des oberschlesischen Problems zu bekämpfen, die Deutschlands Ansprüchen gerecht wird. Die Äußerungen Briands sind darauf berechnet, sich nach Möglichkeit die Hände frei zu halten und zu verhindern, daß die intransigenten Elemente, die auch vor einem Bruch mit England nicht zurückschrecken würden, die Oberhand gewinnen.

Unter diesen Umständen bedarf es in den nächsten Wochen auf deutscher Seite aller Vorsicht und Boraussicht. Und auch die Opposition müßte dieser Tatsache Rechnung tragen.

Aufruf zur Versöhnung.

Der gemeinsame Schritt der deutschen und polnischen Führer.

we Breslau, 18. August.

Der Aufruf, den die deutschen Parteien und Gewerkschaften auf Grund der in der gemeinsamen Sitzung der polnischen und deutschen Vertreter getroffenen Abmachungen erließen, hat folgenden Wortlaut:

„Oberschlesien! Der Oberste Rat hat beschlossen, für die endgültige Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens das Gutachten des Völkerbundes einzuholen. Die dadurch entstandene Verzögerung müssen wir in Ruhe und in der Zuversicht auf eine gerechte Entscheidung ertragen. Schon vor der Bekanntmachung des Obersten Rates sind Vertreter der polnischen Parteien und Gewerkschaften mit uns zusammengelassen, um gemeinschaftlich die Beruhigung der Bevölkerung zu erreichen. Wir erklären feierlich, daß wir gegen jede gewalttätige Lösung der oberschlesischen Frage sind. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften wollen im vollen Einvernehmen mit den polnischen Parteien und Gewerkschaften im Interesse der Wohlfahrt der Bewohner Oberschlesiens und im Interesse der Menschlichkeit die nationalen Gegensätze in friedlicher und gerechter Arbeit überbrücken. Wir achten das nationale Empfinden und die politische und wirtschaftliche Anschauung eines Jeden. Aus dieser Achtung heraus verurteilen wir vorbehaltlos jede Gewalttätigkeit gegen Andersdenkende, jede Bedrohung des Lebens, der Gesundheit und des

Eigentums. Wir wollen durch paritätische, aus Vertretern beider Nationalitäten zusammengesetzte Ausschüsse im Einvernehmen mit allen Stellen, welche uns ihre Hilfe leihen werden, dafür sorgen, daß jeder seinem Beruf nachgehen und seinen Wohnsitz nach Belieben nehmen kann. In der Zusammenarbeit aller friedlichen und gerecht denkenden Menschen wollen wir durch Einwirkung auf unsere Mitbürger für Sicherheit und Ordnung sorgen. In ehrlicher und aufrichtiger Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Friedens bitten wir die gesamte Bevölkerung um ihre Unterstützung. Der Geist der Versöhnlichkeit soll auch nach der Entscheidung herrschen. Die polnischen Parteien und Gewerkschaften haben erklärt, einen Aufruf gleichen Inhalts zu erlassen.

Parteiabgesprächen mit dem Kanzler.

Die Reihe der Besprechungen, die der Reichskanzler mit den Führern der einzelnen Parteien über die politische Situation abgehalten hat, wird heute abgeschlossen. Nach den Vertretern der Koalitionsparteien sind gestern die der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen empfangen worden. Heute werden die Deutschnationalen im Reichskanzlerpalais erscheinen.

Briand über Oberschlesien.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Paris, 18. August.

Dem Mitarbeiter des „Echo de Paris“ Marcel Gutin gab Ministerpräsident Briand nach den bereits im Morgenblatt wiedergegebenen Äußerungen noch folgende ergänzende Erklärungen ab: „Diejenigen, die den Beschluß des Obersten Rates, die oberschlesische Frage dem Völkerbund zu übertragen, kritisieren, vergessen oder wissen folgendes nicht: Nehmen wir an, daß England, Italien und Japan ein dem französischen Standpunkt völlig entgegengesetzte Auffassung geltend gemacht hätten. Dies wäre mit einem Scheitern des Obersten Rates gleichbedeutend gewesen. Dann wäre folgendes geschehen: Deutschland wäre nur auf das Signal, um durch seine Reichswehr das strittige Gebiet besetzen zu lassen, wogegen es durch den Friedensvertrag von Versailles berechtigt war. Deutschland, dessen Souveränität über Oberschlesien lediglich bis zur Abstimmung aufgehoben war, hätte den hauptsächlichsten Mächten die Verwaltung der von den Polen beanspruchten Gebiete überlassen. Wenn die Mächte nicht fähig sind, das Ergebnis der Abstimmung zu interpretieren und eine Grenze festzusetzen, wie sie verpflichtet sind, könnte Deutschland nur noch eine Erwägung in Betracht ziehen: seine Souveränität. Es genügt, an den § 6 des Anhangs zu Artikel 88 des Vertrages zu erinnern, der bestimmt, daß, sobald die Grenze seitens der hauptsächlichsten Mächte festgelegt ist, die Abstimmungskommission den Behörden mitteilen wird, daß sie die Verwaltung der Gebiete, die Deutschland zugesprochen worden sind, wieder zu übergeben habe. Das haben wir vermieden, indem wir die Angelegenheit dem Völkerbundrat übergeben haben.“

Zu den Ausführungen Briands erklärt „Journal“: „Wir wollen mit Briand hoffen, daß seine Beweisführung wenn auch nicht die Geschäftsleute der City, so doch den Rat des Völkerbundes überzeugen wird. Aber wir können die Hoffnung Briands nicht teilen, daß nach der Regelung der oberschlesischen Frage die Entente zwischen England und Frankreich enger sein wird als jemals. Seit über zwei Jahren beweist uns England, daß es zu einer Politik der Gefälligkeit gegenüber Deutschland zurückgekommen ist, die Preußen erlaubte, sich 1814 auf dem linken Rheinufer festzusetzen, Dänemark 1864 und Frankreich 1870 zu unterdrücken, und die es am 1. August 1914, als die deutschen Forderungen Belgien überschwebten, noch zwischen Einkreisen und Neutralität schwanken ließ.“

Italienische Verstärkungen für Oberschlesien.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mp Rom, 18. August.

Im gestrigen Ministerrat ist die Haltung der italienischen Delegation in Paris gut geheissen und die Genehmigung zur Entsendung von zwei Bataillonen italienischer Truppen nach Oberschlesien erteilt worden. Als Stellvertreter Tittonis im Völkerbundrat ist der frühere Außenminister Senator Scialoja ernannt worden, welchem Maggiorini Ferraris, di Scala und Giovannielli beigegeben wurden.

Die französische Botschaft in Rom demontiert die Nachricht von dem Abschluß eines Abkommens politisch-wirtschaftlicher oder militärischer Natur zwischen Polen und Frankreich.

„Morning Post“ zufolge verlautet, daß auch die britische Regierung bereit sei, zwei weitere Bataillone zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Grenzregulierung nach Oberschlesien zu entsenden, wenn Frankreich und Italien eine gleiche Anzahl von Truppen schicken.

Aufgaben in Oberschlesien.

von

Herbert Weichmann,

Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

* Breslau, 17. August.

Die öffentliche oder nichtöffentliche Beurteilung des Pariser Ergebnisses hat wesentlich zwei Erwägungen zum Inhalt: die Reaktion der polnischen Stimmung in Oberschlesien auf die erneute Verzögerung und die mutmaßliche Würdigung der oberschlesischen Frage durch das neue Spruchkollegium. Die Kritik nimmt damit meist von dem nur einseitig die Lage bedenkenden Satz aus Stellung, daß die dilatorische Entscheidung des Rates die vorherige Schwebelage Oberschlesiens zwischen Deutschland und Polen unverändert beibehalten habe. Eine solche Beschränkung der Erwägungen geht aber an dem wichtigen Ergebnis vorbei, daß die Entscheidung des Obersten Rates einen neuen Abschnitt für die deutsche Innenpolitik in Oberschlesien bedingt.

Unverändert in der Politik um Oberschlesien ist nur der formelle staatsrechtliche Zwischenzustand der oberschlesischen Gebiete geblieben, verändert hat sich aber das Gesicht der deutschen Ansichten auf die strittigen Gebiete. Aus der früher von starken Hoffnungen begleiteten, im übrigen aber völlig unberechenbaren Sachlage ist für die deutsche Erwartung eine immerhin gewissen Berechnungen zugängliche Situation geschaffen worden. Die deutschen Ansichten auf das strittige Industriegebiet lassen sich in zahlenmäßigen Proportionen festhalten und haben eine ungefähre materielle Grundlage erhalten. Damit ist für die deutsche Innenpolitik ein Zeitpunkt gegeben, der außenpolitischen Gewichtverteilung entsprechend ihre bisherigen Richtlinien durch neue abzulösen.

Die bisherige innenpolitische Arbeit in Oberschlesien zerfällt, vom Zeitpunkt der Besetzung ausgehend, in drei Abschnitte. Der erste reicht zeitlich bis zur Abstimmung und ist inhaltlich unter dem Zeichen der Propagandapolitik mit allen Schwächen und Einseitigkeiten ihrer stofflichen Bedingtheit. Der zweite Abschnitt entbehrt eines Programms und trug im wesentlichen die Abwehr und Sicherung der deutschen Position. Als Aufgabe für den dritten Abschnitt war die politische Eingruppierung Oberschlesiens in den Reichsverband und der wirtschaftliche und administrative Wiederaufbau vorgesehen. Als Beginn dieses Abschnittes war der Tag der endgültigen Entscheidung gedacht. In dieser Aufgabe hat der Beschluß des Obersten Rates auch nichts geändert, wohl aber läßt er die Wiederaufbaufrage im Augenblick akut werden. Die deutsche Wiederaufbauarbeit muß unverzüglich in Angriff genommen werden, nicht, weil damit eine außenpolitische Chance gewonnen werden kann, sondern weil der für ihren Beginn wichtige psychologische Moment gekommen ist.

Das Ziel der Wiederaufbauarbeit ist in seinen gegenwärtigen Notwendigkeiten in zwei Erfordernissen ausgedrückt: in der Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung und in der Sanierung des nationalen Gegensatzes. Beide Erfordernisse lassen sich nicht erreichen ohne Verständigung der Deutschen und der polnischen Seite. Ueber die Wiederherstellung der Ordnung haben, fast allseitig begrüßt, Verhandlungen stattgefunden. Ueber die Ergebnisse dieser Verhandlungen ist der Öffentlichkeit noch nichts bekanntgegeben. Es muß aber grundsätzlich gesagt werden, daß die Ansichten, in der Ordnungsfrage eine Verständigung zu erreichen, solange auf schwachen Füßen stehen werden, als nicht die Frage der Ausgleichung der nationalen Gegensätze gelöst ist. Die Kernfrage im oberschlesischen Problem ist die Frage des Minoritäten schutzes, der die Ordnungsfrage nur funktionell anhängt. Es muß gewünscht werden, daß dieser Gesichtspunkt auf der Seite der deutschen Verhandlungsführer ebenso richtig gesehen wird, wie er unseres Wissens nach auf der polnischen Seite erklärt betont worden ist. Daß infolge der dilatorischen Entscheidung des Obersten Rates noch kein sicherer Ueberblick vorliegt über das zahlenmäßige Verhältnis der Deutschen und Polen zueinander, kann keinen Hinderungsgrund geben, die grundsätzliche Frage des künftigen politischen Zusammenlebens zur Verhandlung zu stellen. Für diese Verhandlungen hat eben die Entscheidung des Obersten Rates einen Ausgangspunkt und eine Grundlage gegeben, nämlich die allgemeine Wahrscheinlichkeit, daß jedenfalls Gebiete mit starken polnischen Minoritäten an Deutschland fallen werden.

Von diesem Ausgangspunkt aus muß dann den Rahmen für die Verhandlungen die Erörterung der inneren Konstitution der bundesstaatlichen Autonomie abgeben. Es ist kein Zweifel mehr, daß für die künftige friedvolle Einfügung Oberschlesiens in das Reich die Lösung der Minoritätenfrage im Rahmen der oberschlesischen Autonomie die notwendige Voraussetzung ist. Es ist ebenso kein Zweifel, daß die Widerstände auf polnischer Seite außerordentlich stark sein werden. Gleichwohl muß eine Taktik vermieden werden, die es den gemäßigten Polen durch Betonung der augenblicklich stärkeren Position Deutschlands erschweren, ihre Bereitwilligkeit zur Verständigung zu erkennen zu geben. Es kommt im Augenblick nur darauf an, auf der deutschen Seite zu zeigen, daß durchaus aus eigenem